



## Presseschau vom 21.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

**de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

**Scott Ritter: Kiew mit Atomwaffen auszustatten, wäre eine Katastrophe für die ganze Welt**

Das Gerede darüber, im Russland-Ukraine-Konflikt Atomwaffen ins Spiel zu bringen, ist unverantwortlich. Die Welt steht wieder einmal an der Schwelle zum Undenkbaren – einem Atomkrieg in Europa, der am Ende den gesamten Planeten erfassen würde. ...

<https://kurz.rt.com/317e> bzw. [hier](#)

**Dmitri Grunjuschkina: Russlands Antwort auf den Terror ist immer dieselbe – und unabwendbar**

Wie geht man mit Terroristen um, wenn Zugeständnisse und Verhandlungen bekanntlich nichts bringen? Es ist der ständige Beschuss ziviler Ziele durch die ukrainischen Streitkräfte, der diese Frage wieder einmal aktuell macht. ...

<https://kurz.rt.com/314l> bzw. [hier](#)

**Andrei Rudaljaw: Der schleichende Griff Polens nach der Ukraine – Wie die Souveränität des Nachbarn absorbiert wird**

Die sogenannte ukrainische Identität beruht im Wesentlichen auf einer Art Selektion – man sollte das "Russische" in sich bekämpfen und dann wird man zum "Ukrainer". Auf diesen Umstand weist der russische Publizist Andrei Rudaljaw hin und stellt ihn in einen Zusammenhang mit den Interessen Polens und Russlands in der Ukraine. ...

<https://kurz.rt.com/315n> bzw. [hier](#)

**Dagmar Henn: Bedrohliche Frage: Werden die USA ihren Niedergang hinnehmen oder den Rest der Menschheit mitreißen?**

Am vergangenen Wochenende haben sowohl Scott Ritter als auch Gonzalo Lira vor einem US-amerikanischen Einsatz von Atomwaffen gewarnt; sie beide befürchten, dass die USA so auf eine unvermeidliche Niederlage reagieren werden. Darin läge die größte Gefahr im derzeitigen globalen Machtkampf. ...

<https://kurz.rt.com/317s> bzw. [hier](#)

**abends/nachts:**

**22:13 de.rt.com: Großbritannien: Anhebung des Renteneintrittsalters stürzte 100.000 Menschen in Armut**

Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, das Renteneintrittsalter anzuheben, hat fast 100.000 Menschen in die Armut getrieben. Das ist das Ergebnis einer Studie. Vor allem Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und Bewohner von Mietwohnungen sind betroffen.

Laut einer Studie des Institute for Fiscal Studies (IFS) und des Center for Ageing Better hat die Erhöhung des Renteneintrittsalters in Großbritannien 100.000 Menschen in die Armut gestürzt. Die Initiatoren der Studie üben nun Druck auf die Regierung aus, um das soziale Sicherheitsnetz für die am stärksten betroffenen zu erweitern.

Die Studie zeigt, dass Menschen mit einem niedrigeren Bildungsniveau und Bewohner von Mietwohnungen am ehesten unter den großen Einbußen beim Lebensstandard zu leiden haben. Die Studienergebnisse verstärken die allgemeine Besorgnis über den Druck der Lebenshaltungskosten auf die Haushaltseinkommen.

Emily Andrews, stellvertretende Direktorin des Center for Ageing Better, sagte:

"Diese Statistiken sind schockierend und zeigen, dass innerhalb von zwei Jahren die Zahl der 65-Jährigen, die in absoluter Armut leben, von jedem Zehnten vor Anhebung des gesetzlichen Rentenalters auf fast jeden Vierten gestiegen ist."

Großbritannien hat sein staatliches Rentenalter zwischen Ende 2018 und Ende 2020 von 65 auf 66 Jahre angehoben. Das bedeutete, dass etwa 700.000 Menschen, die kurz vor dem Bezug von Leistungen standen, auf ein Einkommen von etwa 142 Pfund (174 Dollar) pro Woche verzichten mussten.

Etwa neun Prozent dieser Menschen, d.h. 60.000, entschieden sich, länger in ihrem Beruf zu bleiben. Die Regierung sparte durch die Änderung etwa 4,9 Milliarden Pfund pro Jahr dank höherer Steuereinnahmen und geringerer Leistungsauszahlungen. Dies entspricht etwa fünf Prozent der jährlichen Staatsausgaben für Renten, so das IFS.

"Die Anhebung des Rentenalters ist eine kohärente Reaktion der Regierung auf die steigende Lebenserwartung", sagte Laurence O'Brien, Forschungsökonom beim IFS. "Aber es schwächt die Haushaltsbudgets."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b060c948fbef46ee408080.jpg>

### 22:30 de.rt.com: **Über 34.000 Tonnen humanitäre Hilfe durch Russland seit März in die Ukraine geliefert**

Seit März hat Russland über 34.000 Tonnen humanitäre Hilfe in die Ukraine geliefert. Dies erklärte RIA Nowosti zufolge der Leiter des Nationalen Zentrums für Verteidigungsverwaltung, Generaloberst Michail Misinzew:

"Seit dem 2. März 2022 hat die Russische Föderation bereits 34.004,2 Tonnen Güter des täglichen Bedarfs, Lebensmittel und medizinischer Artikel geliefert."

Während des vergangenen Tages wurden 1.193 humanitäre Aktionen in den Donezker und Lugansker Volksrepubliken sowie im Gebiet Cherson durchgeführt und dabei 393 Tonnen humanitärer Hilfsgüter an die Zivilbevölkerung verteilt, so Misinzew weiter.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b0d114b480cc64756718d8.jpg>

Verteilung von humanitärer Hilfe in Mariupol, Aufnahme vom 8. Juni

#### **vormittags:**

#### **6:30 de.rt.com: Hunderttausende zivile Opfer: Russischer Geheimdienst gibt Akten über lettische Naziverbrecher frei**

Massenmorde an europäischen Juden und eine "Blutfabrik" für die deutsche Armee im Konzentrationslager Salaspils: Der Sicherheitsdienst Russlands veröffentlicht historische Geheimakten über lettische Nazi-Kollaborateure im Zweiten Weltkrieg.

Wie die Nachrichtenagentur TASS am 20. Juni meldet, habe die Organisation Föderaler Dienst für die Sicherheit Russlands (FSB) auf ihrer Website [historische Akten](#) über die Beteiligung lettischer Kollaborateure Nazideutschlands an der Ermordung Hunderttausender Juden veröffentlicht.

Unter den von den lettischen Nazi-Einheiten Ermordeten seien unter anderem Zigtausende Juden gewesen, die extra aus Westeuropa für ihre Ermordung nach Lettland überstellt worden waren.

Im Vorgriff auf die Veröffentlichung der Archivadokumente wies der Inlandsgeheimdienst auf die "schleichende Nazifizierung der politischen Eliten der europäischen Staaten", das Verbot von "Symbolen des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg" sowie auf die "rasende Russophobie" in Europa hin und erklärte:

"Eines der Länder, die den Nationalsozialismus in den letzten drei Jahrzehnten aktiv wiederbelebt haben, ist Lettland, dessen Führung 'Veteranen' der lettischen SS-Legion und anderer verbrecherischer bewaffneter Kollaborationsverbände ehrt, die ihre jährlichen Paraden abhalten, und gleichzeitig den Bürgern verbietet, den Tag des Sieges am 9. Mai zu feiern. Im Kampf gegen die historische Wahrheit hat die Saeima der Republik Lettland beschlossen, das Denkmal für die Befreier von Riga und andere ähnliche Denkmäler auf dem Staatsgebiet bis zum 15. November 2022 abzureißen.

Vor dem Hintergrund dieser aggressiven nationalsozialistischen Äußerungen wäre es angebracht, anhand der im Zentralarchiv des Föderalen Sicherheitsdienstes Russlands aufbewahrten Dokumente daran zu erinnern, welche Art von "Helden" als Vorbilder für die junge Generation in den heutigen baltischen Staaten verherrlicht werden."

Nach der Besetzung der lettischen Teilrepublik der UdSSR durch die Truppen Hitlers seien lokale Kollaborateure bereitwillig in den Dienst der deutschen Nazis getreten und hätten sich

aktiv an der "Lösung der Judenfrage" beteiligt, so die Nachrichtenagentur TASS nach Einsicht der Archivunterlagen. Die Massenermordung von Juden sei mit Raub, Verhöhnung und offenem Sadismus gegenüber den Opfern einhergegangen.

Der Gebietskommissar des Bezirks Semgallen, E. von Edem, berichtete am 12. August des Jahres 1941 dem Generalkommissar für Lettland im Reichskommissariat Ostland, O.-G. Drechsler, über die Aktivitäten der lettischen "Selbstverteidigungsgruppen". Er konnte nicht umhin festzustellen, dass die lettischen Strafvollzieher durch die Tötung von Juden "ihre Menschlichkeit völlig verloren haben", heißt es im Text, der der Veröffentlichung auf der Website des Föderalen Dienstes für Sicherheit vorausgeht.

Das lettische Staatsgebiet sei außerdem zum Schauplatz von Massenmorden an Kriegsgefangenen, ehemaligen sowjetischen Soldaten und ihren Familien sowie an Menschen, die verdächtigt wurden, mit der Roten Armee zu sympathisieren, geworden. Wie auf der Website des russischen Geheimdienstes betont wird, hätte die Außerordentliche Kommission für die Untersuchung von NS-Verbrechen nach dem Zweiten Weltkrieg Massengräber mit den sterblichen Überresten von etwa 300.000 Menschen entdeckt. "Diese kolossale Zahl lässt sich auch dadurch erklären, dass die Deutschen, die den Eifer der lettischen Henker zu schätzen wussten, begannen, Juden aus anderen europäischen Ländern zu holen, um sie hier zu töten und so ihre blutigen Verbrechen vor dem 'zivilisierten Westen' zu verbergen", heißt es auf der Website.

Der veröffentlichte Text bezieht sich beispielsweise auf die Massenerschießungen in den Jahren 1941 bis 1944 im Wald von Biķernieki, die durch die deutschen Besatzer und ihre lettischen Unterstützer durchgeführt worden waren. Die Opfer seien über 46.000 Zivilisten gewesen, darunter 12.000 Juden, die aus Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei nach Lettland gebracht worden waren.

"Himmler sagte, ich solle die Arbeit im Ostland so legen, dass im ganzen Baltikum und in Weißrussland völliger Friede herrsche, und dass die Juden im Ostland bis auf den letzten Mann beseitigt werden müssten",

zitiert die Nachrichtenagentur TASS aus dem Verhörprotokoll des SS-Obergruppenführers Friedrich Eckeln, der sowohl Leiter der SS als auch der Polizei der Reichskommissariate Ukraine und Ostland war.

Die lettischen Kollaborateure der Nazis hätten diese Anweisungen befolgt – das Minsker Ghetto sei beispielsweise zu einer Tötungsmaschine geworden. Wie TASS schreibt, sei das Ghetto "hinsichtlich der Lebensbedingungen der Häftlinge ein grausamer Ort" gewesen. Historiker schätzen, dass "etwa 120.000 Menschen das Ghetto durchliefen, von denen über 105.000 durch die Hand der Nazis und ihrer Kollaborateure starben".

Die Veröffentlichung greift auch die Geschichte des Konzentrationslagers Salaspils auf, das im Oktober des Jahres 1941 unweit von Riga errichtet worden war. Salaspils hatte zunächst Juden beherbergt, von denen viele an Hunger und Zwangsarbeit gestorben sind. Im Jahr 1942 jedoch wurden die überlebenden Juden aus dem Lager in das Ghetto von Riga transportiert und stattdessen Bauern aus Dörfern in Weißrussland sowie den Regionen Pskow und Leningrad in das Lager gebracht. Die Erwachsenen schickte man zur Sklavenarbeit nach Deutschland, ihre Kinder wurden in Salaspils zurückgelassen, wo sie als eine "Blutfabrik" für die deutsche Armee dienten. Die Kinder bekamen täglich lediglich 100 Gramm Brot und flüssige Suppe, und alle zwei Tage wurde ihnen bis zu 500 Milliliter Blut abgenommen. Bis Ende des Krieges durchliefen bis zu 12.000 Kinder das Lager Salaspils, von denen etwa 7.000 Jungen und Mädchen den Märtyrertod gefunden haben.

Die lettische Einheit "Sonderkommando Arājs" hatte das Konzentrationslager Salaspils bewacht. Das Kommando hatte sich unmittelbar nach der deutschen Besetzung der Republik aus den Freiwilligen Letten gebildet und war für die Tötung von insgesamt mindestens 30.000 Zivilisten verantwortlich. Andere Gruppen der Kollaborateure, die in der Publikation erwähnt sind, waren die Mārtiņš Vagulāns Gruppe, die Grebert Teidemanis Gruppe, und die Mitglieder

der Lettischen SS-Freiwilligenlegion. Sie alle hätten regelmäßig Gräueltaten an der Zivilbevölkerung verübt, heißt es in dem Text.

Die Verehrung der lettischen SS-Einheiten ist immer noch Teil der lettischen Staatsideologie – jedes Jahr werden in dem EU-Land offizielle Gedenkmärsche zu Ehren der Veteranen der lettischen NS-Verbände veranstaltet. In den letzten Jahren fanden diese umstrittenen Gedenkmärsche im Einklang mit der aggressiven Russophobie-Kampagne zur Zerstörung von Denkmälern für sowjetische Soldaten und dem Verbot von Feiern zum Tag des Sieges statt. Dazu heißt es auf der Website mit den Archivakten zu den Verbrechen der lettischen Kollaborateure:

"Die in den osteuropäischen Ländern geführte Kampagne zur Zerstörung von Denkmälern für die sowjetischen Befreier hat die traurige Tatsache bestätigt, dass die Nazi-Ideologie lebendig ist und ihre Träger nach Vergeltung verlangen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b06fbb48fbef46e717c09a.jpg>

*Veteranen der lettischen Waffen-SS-Legion und ihre Anhänger marschieren durch die zentralen Straßen von Riga. 16. März 2012*

7:35 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Stachanow und Simogorje in der LVR**  
Ukrainische Truppen sollen die Städte Simogorje und Stachanow mit Totschka-U-Raketen beschossen haben. Das teilte die Vertretung der Volksrepublik Lugansk beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung der Waffenruhe mit.  
Beim Beschuss sei in Simogorje ein Zivilist verletzt worden.

8:10 de.rt.com: **Gebiet Cherson: Referendum über Beitritt zur Russischen Föderation für Herbst geplant**

Ein Referendum über den Beitritt des Gebietes Cherson zu Russland ist für diesen Herbst geplant, erklärte der stellvertretende Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebietes Kirill Stremousow gegenüber RIA Nowosti. Er betonte:

"Das Referendum wird noch in diesem Jahr stattfinden. Es ist für den Herbst geplant."

"Wir bereiten uns auf das Referendum vor. Organisatorische Fragen werden derzeit geklärt. Nach dem Referendum werden wir ein vollwertiges Subjekt der Russischen Föderation sein. Es dauert nicht mehr lange, bis wir uns als vollwertige Bürger des großartigen Landes Russland zu fühlen. Wir gehen den Weg der Krim."

8:40 de.rt.com: **Krim startet Integrationsprojekte mit südlichen Gebieten der Ukraine**  
Die Krim hat Integrationsprojekte mit den befreiten ukrainischen Gebieten Cherson und Saporoschje eingeleitet. Das teilte Georgi Muradow, der ständige Vertreter der Krim beim

russischen Präsidenten und stellvertretende Premierminister der Krim-Regierung, gegenüber RIA Nowosti mit. Er sagte:

"Die Republik Krim hat Integrationsprojekte mit den befreiten ehemaligen ukrainischen Gebieten Cherson und Saporoschje eingeleitet."

Ihm zufolge wurden bereits enge Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Gebieten geknüpft und die Straßen- und Güterverkehrsverbindungen wiederhergestellt. Die Frage der Aufnahme des Personenverkehrs mit Bussen und Bahnen werde derzeit geklärt.

### Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 21.06.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

25 Mann;

4 Schützenpanzerwagen;

7 Fahrzeuge.

### **6 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte haben die richtige Entscheidung getroffen, die Waffen niedergelegt und so ihr Leben gerettet.**

Die Volksmiliz der LVR ruft die ukrainischen Soldaten auf, die Waffen niederzulegen, zu diesem Zweck werfen Artillerieeinheiten der Volksmiliz weiter Agitationsflugblätter über den Positionen der ukrainischen Streitkräfte ab.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

### **In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 2 Raketen mit einem taktischen Raketenkomplex „Totschka-U“ auf Stachanow und Simogorje abgefeuert.**

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, hat die Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien.

So haben gestern Freiwillige von „Nahrung des Lebens. Donbass“ gemeinsam mit „Nahrung des Lebens. Russland“ mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR ein weiteres Mal warme Mahlzeiten und frisches Gemüse an bedürfte Einwohner von Rubeshnoje geliefert.

### 9:10 de.rt.com: **US-Finanzministerin skizziert Mechanismus zur Reduzierung russischer Ölgewinne**

US-Finanzministerin Janet Yellen hat deutlich gemacht, dass der im Westen diskutierte Preisdeckungsmechanismus darauf abzielt, das Angebot an Öl aus Russland auf dem Weltmarkt trotz der westlichen Sanktionen auszuweiten.

Die Ministerin erklärte, dass die USA und ihre Verbündeten, die mit einer Rekordinflation konfrontiert sind, nachdem sie sich ganz oder teilweise geweigert haben, Energieressourcen aus Russland zu importieren, aktiv an dieser Initiative arbeiten. Bei einem Besuch in Kanada sagte Yellen:

"Wir sprechen über eine Preisobergrenze oder eine Ausnahmeregelung, die den Preis für russisches Öl senken und Putins Gewinne begrenzen würde, während gleichzeitig mehr Öl auf den Markt käme."

Sie fügte hinzu, dass der Mechanismus "die kürzlich in Europa, den USA, dem Vereinigten Königreich und anderswo eingeführten oder vorgeschlagenen Energiebeschränkungen erweitern und verstärken" würde. Yellen erklärte, dass die Preisobergrenze es europäischen Unternehmen beispielsweise ermöglichen würde, weiterhin Öllieferungen aus Russland zu

versichern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b1501048fbef1d3c27df41.jpg>

10:19 (9:19) novorosinform.org: **Das Feuer auf der Plattform „Tschornomorneftegas“ lässt nicht nach – Senatorin**

Retter versuchen weiterhin, die Folgen des BFU-Angriffs zu beseitigen.

Bis zum Morgen des 21. Juni war es nicht gelungen, das Feuer auf der Plattform Tschornomorneftegas zu löschen, das infolge eines Angriffs der ukrainischen Armee auf die Anlage ausgebrochen war. Darüber berichtet RIA Novosti unter Bezugnahme auf die Erklärung der Senatorin von der Krim Olga Kowitidi.

„Das Feuer auf der Plattform lässt nicht nach, sie versuchten, sich ihr mit einem Schiff zu nähern, scheiterten jedoch. Das Feuer breitete sich weiter aus, die Löschversuche gehen weiter“, sagte Kowitidi.

Es wird darauf hingewiesen, dass sich während des Angriffs auf die Bohrplattformen von Tschornomorneftegas 109 Personen in der Anlage befanden. Während des Angriffs erlitten drei Menschen Verbrennungen und Schrapnellwunden, sieben weitere werden vermisst. Die restlichen Arbeiter wurden evakuiert.



[https://www.novorosinform.org/content/images/72/27/47227\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/72/27/47227_720x405.jpg)

9:35 de.rt.com: **Nach Beschuss von Bohrseln durch ukrainische Streitkräfte: Nicht alle Mitarbeiter konnten gerettet werden**

Vorläufigen Berichten zufolge konnten nicht alle Mitarbeiter der Bohrseln von Tschornomornaftogas, die gestern von ukrainischen bewaffneten Verbänden angegriffen wurden, gerettet werden. Es bestehe jedoch noch Hoffnung, dass die Vermissten lebend gefunden werden, so Oleg Krjutschkow, Berater des Leiters der Informationspolitik der Krim.

Er erklärte auf seinem Telegram-Kanal:

"Eine Suchaktion im Schwarzen Meer wird fortgesetzt. Nach vorläufigen Informationen konnten nicht alle gerettet werden, aber es besteht noch Hoffnung."

Einer Quelle bei den Rettungsdiensten teilte TASS mit, dass nach dem Beschuss noch sieben Personen vermisst werden.

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 21.6.22 um 10:00 Uhr**

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner** nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 320 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“, BM-21 „Grad“ und Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm **abgefeuert**.

Die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **11 Zivilisten, darunter ein Kind, geb. 2012, verletzt**. 22 Wohnhäuser, 11 zivile Infrastrukturobjekte und 3 Fahrzeuge wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: ein Mehrfachraketenwerfer „Uragan“, 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, ein Lastwagen und mehr als 40 Mann. 3 Feuerstellungen des Feindes in den Gebieten von Awdejewka, Newelskoje und Shelannoje wurden beseitigt.

9:55 de.rt.com: **Russischer Botschafter: Russland und EU müssen ein neues, auf Gleichheit basierendes Beziehungssystem schaffen**

Die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union verschlechtern sich weiter, sodass beide Seiten erst noch ein neues Beziehungssystem auf der Grundlage von Gleichberechtigung schaffen müssen. Darauf wies der Ständige Vertreter Russlands bei der EU Wladimir Tschischow in einem am Dienstag in der Zeitung Iswestija veröffentlichten Interview hin. Auf die Frage, ob eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Russland und der EU möglich sei, antwortete der Diplomat:

"Nicht alle Brücken sind abgebrochen, aber die meisten von ihnen. Mal sehen, was als Nächstes passiert. Auf jeden Fall wird es keine Rückkehr zur Normalität geben, dazu wird es nicht kommen. Wir verstehen das und sie verstehen es."

"Es handelt sich also um ein neues System von Beziehungen, das erst noch geschaffen werden muss. Dies wird jedoch nur auf der Grundlage einer gleichberechtigten Zusammenarbeit möglich sein. Und dafür müssen sie ihre Haltung gegenüber Russland ändern. Solange sie Russland als Gegner, als Feind sehen, über welche Art von Zusammenarbeit können wir da reden?"



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b160e2b480cc556000e402.jpg>

*Der Ständige Vertreter Russlands bei der EU Wladimir Tschischow*

10:20 de.rt.com: **Moskau warnt Litauen vor den Folgen des Transitverbots für das Kaliningrader Gebiet**

Litauen müsse den Ernst der Folgen des Verbots des Eisenbahntransits in das Kaliningrader Gebiet verstehen, so die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa. Sie sagte in einer Sendung des Senders Solowjow Live:

"Ich hoffe, dass die Vertreter Litauens einen Rest von Professionalität bei der Beurteilung der Situation haben."

"Sie sollten die Konsequenzen verstehen – und die Konsequenzen werden leider kommen."

"Sie sollten das Wichtigste verstehen: Wenn die Russische Föderation ein Wort gegen die andere Seite sagt und ihr Verhalten als offen feindselig bezeichnet, dann ist die Zeit zum Reden, zum Finden irgendwelcher Formeln, die die Situation beiseiteschieben und vorgeben würden, dass das besagte Problem nicht existiert, vorbei."

"Sie handeln aggressiv. Sie haben die Grenzen des Unfreundlichen überschritten, sie haben sogar ein Verhalten an den Tag gelegt, das gegen das Völkerrecht verstößt. Sie verhalten sich aggressiv und feindselig."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b168f6b480cc7f5c2e2423.jpg>

g

### 10:45 de.rt.com: **Mehr als zwei Millionen Menschen aus Ukraine und Donbass nach Russland geflüchtet**

Mehr als zwei Millionen Menschen sind seit dem 18. Februar, als die Situation in der Region eskalierte, aus der Ukraine und dem Donbass nach Russland gekommen. Das berichtet die Nachrichtenagentur TASS mit Verweis auf eine Quelle bei den russischen Sicherheitsbehörden. Demnach teilte die Quelle mit:

"Nach den neuesten Daten haben mehr als zwei Millionen Menschen, darunter 323.000 Kinder, die Grenze zu Russland überschritten. Die Hälfte der Ankömmlinge sind Bürger der DVR und LVR."

Von den Neuankömmlingen wurden fast 33.000 Menschen in 592 Notunterkünften untergebracht, während die übrigen bei Verwandten oder privat untergekommen sind. Auf Anweisung der russischen Regierung erhielten die Flüchtlinge materielle Hilfe, für die der Staat schon fast vier Milliarden Rubel bereitgestellt hat.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b16d5448fbef1ff402a3ba.jpg>

### 12:18 (11:18) novorosinform.org: **Die DVR benannte die Verluste der ukrainischen Armee seit Beginn der Sonderoperation**

Experten zufolge könnten die Streitkräfte der Ukraine insgesamt über 30.000 Personen verloren haben.

Der stellvertretende Informationsminister der DVR Daniil Bessonow erklärte in „Solowjow Live“, dass die ukrainische Armee seit Beginn der russischen Spezialoperation etwa 30.000 verloren habe. "Arestowitsch (Berater des Büroleiters von Selenskij - Red.) sagte, dass es im gesamten Zeitraum über 10.000 Tote und 30.000 Verwundete gegeben habe. Es ist jedoch viel schlimmer. Nach inoffiziellen Angaben unseres Militärs - die Kämpfer führen ihre Statistiken nach Richtungen - hat der Feind mehr als 30 Tausend (Tote). Dabei ist nicht berücksichtigt, dass wir etwa 10 000 Kriegsgefangene haben. Die Ukraine hat ernsthafte Verluste", sagte Bessonow.

Was die Verwundeten betrifft, so Bessonow, könnte diese Zahl 90.000 Menschen erreichen. Unter Berücksichtigung der Aussagen des russischen Verteidigungsministeriums über etwa 8.000 Soldaten, die sich ergeben haben, erreicht die Gesamtzahl der Verluste der ukrainischen Armee 130.000 Personen.



[https://www.novorosinform.org/content/images/72/43/47243\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/72/43/47243_720x405.jpg)

11:50 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk meldet elf verletzte Zivilisten binnen 24 Stunden**

Die Behörden in Donezk haben in den vergangenen 24 Stunden 44 Angriffe der ukrainischen Streitkräfte registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Volksrepublik mindestens 320 Geschosse abgefeuert. Hierbei wurden elf Zivilisten, unter ihnen ein elfjähriger Junge, verletzt. Unter Beschuss gerieten neun Ortschaften, darunter Donezk, Gorlowka und Makejewka. Bei den Angriffen der ukrainischen Streitkräfte wurden 22 Häuser und 11 zivile Infrastruktureobjekte beschädigt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b1744548fbef1ff56a06ef.jpg>

*Polizeibeamte der Volksrepublik Donezk am 16. Juni 2022 vor einem Haus in Donezk, das durch Beschuss beschädigt wurde*

11:59 de.rt.com: **NATO-Verhandlungen stocken: Keine Frist für eine Entscheidung über Beitritt Finnlands und Schwedens**

Die Türkei hat erneut deutlich gemacht, dass der NATO-Aufnahmeprozess ohne konkrete Maßnahmen Finnlands und Schwedens nicht weitergehen könne. Schwedens Außenministerin sagte im Vorfeld des NATO-Gipfels in Madrid, der NATO-Beitritt Schwedens werde einige Zeit in Anspruch nehmen.

Die Gespräche zwischen der Türkei, Finnland und Schweden über den Antrag der beiden nordeuropäischen Länder für die Aufnahme in die NATO werden fortgesetzt, aber der Nato-Gipfel Ende Juni in Madrid sei keine Frist für eine Entscheidung über den Beitritt Finnlands und Schwedens zur Vertragsorganisation, sagt der Sprecher des türkischen Präsidenten,

Ibrahim Kalin. Er fügte hinzu, dass der Aufnahmeprozess ohne konkrete Maßnahmen Finnlands und Schwedens nicht weitergehen könne.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hatte zuvor angekündigt, dass sich der NATO-Gipfel in Madrid auf eine neuerliche Verstärkung der Ostflanke der Allianz verständigen werde.

Stoltenberg traf sich am Montag mit Vertretern der drei Länder, um zu versuchen, Fortschritte bei den Beitrittsanträgen der nordischen Nationen zu erzielen. Obwohl er die Gespräche als "konstruktiv" bezeichnete, machte der türkische Vertreter deutlich, dass Verhandlungen weiterhin festgefahren seien. Ankara beschuldigt Schweden und Finnland, der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die auch von den westlichen Verbündeten als Terrororganisation eingestuft wird, Unterschlupf zu gewähren. Ankara hat zudem auch gefordert, dass die beiden Länder ihr Waffenembargo für die Türkei aufheben.

Nach Gesprächen unter den NATO-Ländern in Brüssel zu diesem Streitthema sagte Kalin am Montag, Ankara erwarte, dass insbesondere Schweden "sofortige Schritte" gegen die bewaffnete Gruppe PKK in seinem Land unternimmt.

Die finnische Premierministerin, Sanna Marin, äußerte kürzlich ihre Befürchtung, dass, wenn die Probleme nicht vor dem NATO-Gipfel in Madrid gelöst würden, "das Risiko besteht, dass die weiteren Verhandlungen ins Stocken geraten". Inzwischen dämpfte die deutsche Bundesregierung die Hoffnungen auf eine schnelle NATO-Aufnahme von Finnland und Schweden. Angesichts der "historischen Dimension" der Aufnahme beider Staaten wäre es "keine Katastrophe, wenn wir dafür ein paar Wochen mehr brauchen", sagte ein Regierungsvertreter am Montag in Berlin.

Schwedens Außenministerin, Ann Linde, sagte am Montag in Luxemburg gegenüber den schwedischen Medien, dass "wir uns darauf einstellen sollten, dass die Aufnahme in die NATO einige Zeit in Anspruch nehmen wird".

Inmitten des Ukraine-Krieges wollen Finnland und Schweden auf Drängen der USA NATO-Mitglieder werden. Finnland und Schweden haben bereits offiziell einen Antrag für die Aufnahme in die NATO gestellt. Die Türkei stellt sich aber seither quer, um dem Westen Zugeständnisse auf geopolitischer Ebene abzapfen zu lassen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b178e0b480cc59fc260e98.jpg>

Der Sprecher der türkischen Regierung Ibrahim Kalin

**nachmittags:**

13:22 (12:22) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org/): **Zwei Kinder starben in Krasny Lutsch durch einen Angriff der ukrainischen Streitkräfte**

Die verkohlten Leichen von zwei Kindern und einem Erwachsenen wurden unter den Trümmern eines Hauses geborgen, das infolge eines ukrainischen Angriffs mit „Totschka-U“ auf Krasny Lutsch in der LVR zerstört wurde.

Am 16. Juni schossen ukrainische Kämpfer auf Krasny Lutsch in der LPR, wodurch Zivilisten getötet und verletzt und Wohngebäude zerstört wurden. Heute wurden 17- und 12-jährige Kinder sowie ein Erwachsener unter den Trümmern eines dieser Häuser gefunden. Die Generalstaatsanwaltschaft der LVR untersucht weiter die Trümmer zerstörter Häuser.



[https://www.novorosinform.org/content/images/72/50/47250\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/72/50/47250_720x405.jpg)

#### 12:35 de.rt.com: **Feuer auf Bohrinself im Schwarzen Meer nach ukrainischem Angriff noch immer nicht gelöscht**

Das Feuer, das gestern als Folge des ukrainischen Beschusses einer Bohrplattform des Unternehmens Tschjornomornaftogas im Schwarzen Meer ausgebrochen war, habe sich direkt dem Bohrloch genähert. Darauf wies die Krim-Senatorin Olga Kowitidi am Dienstag gegenüber TASS hin. Sie erklärte:

"Im Moment ist das Feuer noch nicht gelöscht. Unser Schiff hat versucht, sich zu nähern, konnte es aber nicht. Das Feuer hat sich direkt dem Bohrloch genähert, die Suche nach Menschen hat keine Ergebnisse gebracht, das Militär wurde hinzugezogen."

#### Dnronline.su: **Mit Unterstützung des Landwirtschaftsministeriums der DVR wurde eine Bäckerei in Sartana wieder in Betrieb genommen.**

Die vorhandenen Kapazitäten ermöglichen es, etwa 3000 Laib Brot sowie Bäckereiprodukte am Tag zu produzieren. Dabei werden zwei Drittel der Produktion von der Leitung der Bäckerei als humanitäre Hilfe nach Mariupol geschickt.

#### 12:50 de.rt.com: **Russische Medienaufsichtsbehörde sperrt „The Telegraph“ in Russland**

Die russische Aufsichtsbehörde für Massenmedien, Telekommunikation und Datenschutz hat die britische Zeitung The Telegraph in Russland gesperrt. Die Sperre geht auf eine Forderung der russischen Generalstaatsanwaltschaft vom 22. April zurück. Wie die russische Nachrichtenagentur Interfax berichtet, soll der Grund ein Telegraph-Artikel über die Handlungen Russlands in der Ukraine sein. Da das Blatt das HTTPS-Protokoll nutzt, führt die Sperre einer einzelnen Webseite dazu, dass der Zugriff auf das ganze Portal blockiert wird. Inzwischen sind in Russland mehrere in- und ausländische Medien wegen Inhalten im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg gesperrt. Unter ihnen sind auch „Euronews“ und „Deutsche Welle“.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Die zuvor befreite Ortschaft Lomakino, die sich zeitweilig unter Kontrolle der Ukraine befand, wird in den Einfluss- und Verantwortungsbereich der Städte und Bezirke der Donezker Volksrepublik aufgenommen. Damit wurde seit Beginn der militärischen Spezialoperation in der Donezker Volksrepublik

die vollständige Kontrolle über 239 Ortschaften hergestellt.

13:10 de.rt.com: **Medienbericht: Spanischer Söldner in der Ukraine umgekommen**

Ein spanischer Staatsangehöriger ist in der Ukraine bei Kampfhandlungen, an denen er sich beteiligt hatte, ums Leben gekommen. Darüber berichtete die Nachrichtenagentur Europa Press unter Berufung auf Quellen im spanischen Außenministerium.

Den Angaben zufolge handelt es sich bei der Person um einen 22-jährigen Mann aus Manacor auf Mallorca. Demnach war der Spanier in die Ukraine gereist, um im Ukraine-Krieg für Kiew zu kämpfen. Ob der Söldner unmittelbar bei den Gefechten getötet wurde, blieb zunächst unbekannt.

Der Mann sei am Samstag getötet worden, teilte Europa Press mit. Die spanische Botschaft sei darüber informiert worden und habe sich mit den Angehörigen des Betroffenen in Kontakt gesetzt. Es wird erwartet, dass sein Leichnam in den kommenden Tagen nach Spanien überführt wird.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b18594b480cc567f2a5a6d.jpg>

14:14 (13:14) novorosinform.org: **In Kaliningrad stoppten russische Sonderdienste die subversive Tätigkeit Deutschlands und Polens – Patruschew**

Russland habe Versuche zur Schaffung einer "deutschen Autonomie" in der Region Kaliningrad neutralisiert und die Arbeit von gemeinnützigen Organisationen, die von Deutschland und Polen korrumpiert wurden, unterdrückt, erklärte der Sekretär des russischen Sicherheitsdienstes Nikolaj Patruschew gegenüber RIA Novosti.

„Die destruktive Tätigkeit ausländischer Nichtregierungsorganisationen und von ihnen kontrollierter russischer gemeinnütziger Organisationen, die Gelder aus dem Westen erhalten haben, wurde gestoppt“, sagte Patruschew.

Er fügte hinzu, dass die russischen Geheimdienste im vergangenen Jahr Fakten über die Sammlung von Informationen durch Polen aufgedeckt hätten, die sie später dazu nutzen wollten, die Proteststimmung unter den Russen zu schüren.

Um die Platzierung „zerstörerischer Ideologien“ im Internet zu bekämpfen, hätten die Behörden die Gesetzgebung zur vorgerichtlichen Sperrung von Websites mit extremistischen oder terroristischen Botschaften geändert, schloss der Sekretär des Sicherheitsrates.



[https://www.novorosinform.org/content/images/72/55/47255\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/72/55/47255_720x405.jpg)

14:15 (13:15) novorosinform.org: **Die Ukraine kann die Verluste beim Militär nicht mehr ausgleichen - russisches Verteidigungsministerium**

Territoriale Verteidigungsbataillone aus den westlichen Regionen der Ukraine weigerten sich, an die Front zu gehen, Kiew könne nirgendwo neue Reserven erschließen, erklärte das russische Verteidigungsministerium.

Insbesondere in der Verantwortungszone der taktischen Gruppe „Soledar“ erklärten die Kämpfer der 101. Brigade der Territorialverteidigung, dass sie "nicht an Feindseligkeiten teilnehmen wollen" und zogen sich ohne Erlaubnis zurück. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums gebe es mehr als 600 Verweigerer.

Dienstfähige Männer werden in verschiedenen Regionen des Landes inhaftiert. Derzeit wird in den Gebieten Dnepropetrowsk, Charkow und Saporoschje eine Zwangsmobilisierung durchgeführt.



[https://www.novorosinform.org/content/images/72/56/47256\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/72/56/47256_720x405.jpg)

14:24 (13:24) novorosinform.org: **Russland wird seine Ziele bei der Sonderoperation erreichen – Patruschew**

Der Sekretär des russischen Sicherheitsrates sagte, dass der auf das Land ausgeübte Druck den Kreml nicht zwingen werde, seinen eingeschlagenen Kurs zu ändern.

Die Russische Föderation werde die eingangs festgelegten Ziele der militärischen Sonderoperation in der Ukraine erfüllen. Dies äußerte Nikolai Patruschew, Sekretär des

russischen Sicherheitsrates, während eines Besuchs in der Region Kaliningrad, berichtet RIA Novosti.

„Gegenwärtig erfüllen die russischen Streitkräfte zusammen mit der Donbass-Miliz mutig und selbstlos die vom russischen Präsidenten gestellten Aufgaben“, betonte er.

Patruschew betonte, dass der Westen Moskau nicht zwingen werde, von seinen Vorhaben abzurücken, egal wie viele Waffen in die Ukraine geliefert werden und welche Sanktionen er verhängt.



[https://www.novorosinform.org/content/images/72/57/47257\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/72/57/47257_720x405.jpg)

### 13:45 de.rt.com: **Bundesregierung macht komplette Liste deutscher Waffenlieferungen an die Ukraine publik**

Berlin hat erstmals seit dem Beginn der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine vor knapp vier Monaten alle seine Waffenlieferungen an Kiew offengelegt. Eine entsprechende Liste wurde auf der Webseite der Bundesregierung veröffentlicht. Sie enthält alle Waffen und andere Rüstungsgüter, die bereits geliefert wurden oder deren Lieferung geplant ist.

Bisher war sie nur für Abgeordnete in der Geheimschutzstelle des Bundestags einsehbar. Man passe sich damit der Praxis der engsten Verbündeten – zum Beispiel der USA – an, erklärte Regierungssprecher Steffen Hebestreit den Schritt am Dienstag.

Öffentlich bekannt gegeben hatte die Bundesregierung ihre Lieferungen an die ukrainischen Streitkräfte für den Krieg gegen Russland bisher nur punktuell. Allerdings wurden selbige nach dem Eintreffen im Kriegsgebiet von ukrainischer Seite verbreitet.

An Waffen geliefert wurden bisher unter anderem 3.000 Panzerfaust-Patronen, 100.000 Handgranaten, 2.700 Fliegerfäuste, 500 Stinger-Flugabwehrraketen, 100 Maschinengewehre und 16 Millionen Schuss Munition. Hinzu kommt in großem Umfang Ausrüstung wie 23.000 Gefechtshelme, 178 Kraftfahrzeuge, 1.200 Krankenhausbetten, ein Feldlazarett und vieles mehr.

Zu den geplanten Lieferungen gehören unter anderem dreißig Flugabwehrpanzer Gepard inklusive etwa 6.000 Schuss Munition, sieben Panzerhaubitzen 2000, drei Mehrfachraketenwerfer mit Munition, ein Luftverteidigungssystem IRIS-T SLM sowie ein Artillerieortungsradar COBRA.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b1afcc48fbef1ff56a0764.jpg>

#### 14:04 de.rt.com: **Sekretär des russischen Sicherheitsrats verspricht Litauen baldige Konsequenzen wegen Kaliningrad-Blockade**

Der Sekretär des russischen Sicherheitsrats, Nikolai Patruschew, hat eine baldige Reaktion Moskaus auf die von Vilnius verhängten Einschränkungen für Transporte in die russische Exklave Kaliningrad angekündigt. Litauens Bevölkerung werde die Konsequenzen dieser Blockade deutlich zu spüren bekommen, erklärte er auf einer Beratung in Kaliningrad.

"Entsprechende Maßnahmen werden im behördenübergreifenden Format erarbeitet und sollen demnächst ergriffen werden. Ihre Folgen werden eine ernsthafte negative Auswirkung auf die Bevölkerung Litauens haben."

Patruschew warf dem Westen vor, das internationale Recht zu brechen. Dass der Westen die Durchfahrt von einigen Waren nach Kaliningrad untersagt habe, zeige, dass man weder mündlichen noch schriftlichen Versicherungen des Westens trauen dürfe.

Am Dienstag bestellte das russische Außenministerium den EU-Botschafter in Moskau Markus Ederer ein und überreichte ihm einen entschiedenen Protest. Moskau fordert Brüssel auf, den Transit wiederherzustellen, sonst werde es Folgen geben. Der EU-Diplomat weigerte sich, die Transporteinschränkungen als Blockade zu bezeichnen. Er verwies darauf, dass davon nur jene Transitgüter betroffen seien, die auf den Sanktionslisten stünden. Der Transit aller anderen Waren werde normal abgewickelt.



[https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b1a212b480cc59fc260edc.jp](https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b1a212b480cc59fc260edc.jpg)

g

14:30 de.rt.com: **Ukrainische Reservisten ergeben sich bei Sewerodonezk**

Neun ukrainische Reservisten haben nach Angaben eines Korrespondenten von RIA Nowosti in der Nähe von Sirotino bei Sewerodonezk ihre Waffen niedergelegt und sich widerstandslos ergeben. Die Nachrichtenagentur veröffentlichte ein [Video](#) der gefangengenommenen Soldaten. Den Reservisten zufolge waren sie im Mai in eine Einheit der ukrainischen Armee mobilisiert worden, die bis 2014 in Lugansk stationiert war und später nach Charkow verlegt wurde.

Bei den Militärs handele es sich um drei Personen aus Sewerodonezk und Rubeschnoje, einen Vertragsöldner sowie um Einwohner von Lwow, Ternopol, Winniza und des Gebiets Charkow, hieß es.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b1996ab480cc552c550542.PNG>

(Screenshot)

15:21 (14:41) novorosinform: **Die russische Armee zerstörte an einem Tag 15 amerikanische M-777-Haubitzen - Russisches Verteidigungsministerium**

In den vergangenen 24 Stunden seien 15 amerikanische M-777-Haubitzen zerstört worden, die meisten davon am Bahnhof in Druschkowka, teilte das russische Verteidigungsministerium mit.

Die Waffen des Kalibers 155 mm, die von Washington als Militärhilfe an die Ukraine geliefert wurde, sei „ein gutes Ziel für russisches Feuer“ geworden, stellte das Verteidigungsministerium fest, berichtet RIA Novosti.

Die meisten der zerstörten Haubitzen standen am Bahnhof in Druschkowka und hatten noch keinen einzigen Schuss abgegeben, fügte das Verteidigungsministerium hinzu.

Zuvor berichtete die Volksmiliz der DVR, dass die Alliierten drei Stellungen der Streitkräfte der Ukraine in der Nähe von Donezk liquidiert hätten.



[https://www.novorosinform.org/content/images/72/63/47263\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/72/63/47263_720x405.jpg)

#### 14:34 de.rt.com: **Kreml-Sprecher Peskow: "Russland kann dem Westen nie wieder vertrauen"**

Die Krise in der Ukraine werde "langwierig sein", sagte der Sprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow im einem Gespräch mit dem US-amerikanischen Nachrichtensender NBC. Russland könne "dem Westen nie wieder vertrauen", betonte er. Wie die Nachrichtenagentur TASS am 21. Juni berichtet, gab der Sprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow dem US-Sender NBC ein umfassendes Interview in englischer Sprache. Das Interview dauerte etwa eine Stunde, so der Journalist Keir Simmons, der das Gespräch führte. Bislang habe der US-Fernsehsender das Interview nicht in voller Länge gezeigt, meldet TASS – nur kurze Auszüge seien verfügbar. Dazu gehören vor allem die Ausschnitte, welche die Reaktion Russlands auf das Verhalten des Westens während der Ukraine-Krise betreffen.

Auf die Ukrainekrise und deren Dauer angesprochen, sagte Peskow gegenüber NBC: "Ja, die Krise wird lange dauern. Wir werden dem Westen nie wieder vertrauen."

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten beantwortete auch Fragen über das Schicksal von US-Kriegsgefangenen in der Ukraine. Er erklärte, die US-Amerikaner hätten nichts mit der regulären ukrainischen Armee zu tun und fielen daher nicht unter die Bestimmungen der Genfer Konventionen.

Der Sprecher des russischen Präsidenten meinte auch, er könne nicht garantieren, dass die US-Kämpfer nicht das Schicksal britischer Söldner teilen würden, die kürzlich wegen ihrer Teilnahme an Kriegshandlungen auf ukrainischer Seite in der DVR zum Tode verurteilt wurden.

"Es wird ein Gerichtsverfahren geben, und es wird eine Gerichtsentscheidung geben", betonte Peskow, "ich kann nichts garantieren, das hängt von den Ermittlungen ab".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b178d048fbef1d3c27df5d.jpg>

15:41 (14:41) novorosinform.org: **Die russischen Streitkräfte griffen einen Militärflugplatz in der Region Odessa an**

Das Verteidigungsministerium berichtete über die Angriffe auf den Militärflugplatz Schkolny (Gebiet Odessa) mit Onyx-Marschflugkörpern, berichtet Lenta.

Der Angriff auf eine militärische Einrichtung im Rücken der ukrainischen Kämpfer wurde nach Angaben der Agentur als Reaktion auf Kiews Angriff auf Gasförderplattformen im Schwarzen Meer mit Hilfe von Schiffsabwehrraketen und Drohnen durchgeführt. Nach Angaben des Ministeriums befanden sich die UAVs Bayraktar TB-2 der ukrainischen Armee auf dem Gelände des Flugplatzes Schkolny.

Wenige Tage zuvor hatte das Verteidigungsministerium über Treffer auf dem Flugplatz Arzis in der Region Odessa berichtet. Während des Angriffs wurden Küstenkomplexe „Bastion“ eingesetzt.



[https://www.novorosinform.org/content/images/72/65/47265\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/72/65/47265_720x405.jpg)

15:10 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Gescheiterte Attacke auf Schlangeninsel veranlasste Kiew zu Angriff auf Bohrinseln**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, hat auf seinem Pressebriefing am Dienstagnachmittag über einen Versuch des ukrainischen Militärs berichtet, die Schlangeninsel im Schwarzen Meer einzunehmen. Dieses Unterfangen bezeichnete Konaschenkow als "irrsinnig". Ihm zufolge habe die ukrainische Attacke am 20. Juni um 4 Uhr MESZ begonnen. Daran seien mehr als 15 ukrainische Aufklärungs- und Kampfdrohnen beteiligt gewesen. In einer großen Höhe über der Insel sei eine US-Aufklärungsdrohne vom Typ RQ-4 Global Hawk entdeckt worden. Neben dem massiven

Luftangriff habe das ukrainische Militär auch einen Artillerie- und Raketenangriff gestartet. Die Insel sei mit ballistischen Raketen vom Typ Totschka-U, Mehrfachraketenwerfern vom Typ Uragan, 155-Millimeter-Haubitzen vom Typ M777 angegriffen worden.

Konaschenkow zufolge habe die russische Flugabwehr jedoch alle ukrainischen Geschosse abgefangen. Keines habe die Schlangeninsel erreicht. In der Luft seien 13 Drohnen, vier Totschka-U-Raketen und 21 Uragan-Geschosse zerstört worden. Da die Attacke gescheitert sei, habe der Gegner auf eine geplante Landeoperation verzichtet.

Ferner teilte der russische Militärsprecher mit, dass die gescheiterte Einnahme der Schlangeninsel das Kiewer Regime dazu veranlasst haben dürfte, Objekte der russischen Gasförderinfrastruktur im nordwestlichen Teil des Schwarzen Meeres anzugreifen. Nach 7 Uhr MESZ habe das ukrainische Militär die Borinseln BK-1 und Krim-1 mit Antischiffsraketen und mit einer Drohne vom Typ Bayraktar TB-2 angegriffen. Auf der Bohrinsel BK-1 sei dadurch ein starker Brand und die Gefahr einer Umweltkatastrophe im jeweiligen Teil des Schwarzen Meeres entstanden.

Als Reaktion darauf habe das russische Militär Hangars mit Bayraktar-TB-2-Drohnen auf dem ukrainischen Militärflugplatz Schkolny bei Odessa mit Onyx-Marschflugkörpern zerstört. Auf der Insel Kubansky seien ukrainische Einheiten mit M777-Haubitzen außer Gefecht gesetzt worden. In der Nähe von Otschakow und Tusla habe die russische Luftwaffe zwei ukrainische Flugabwehrraketensysteme vom S-300 zerstört.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b1b2b4b480cc59fc260ef5.jpg>

*Start eines russischen Onyx-Marschflugkörpers, 15. November 2016*

### 15:30 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium berichtet über signifikante Verluste in ukrainischer Armee**

Auf seinem Briefing am Dienstagnachmittag hat der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, über weitere russische Angriffe auf militärische Ziele in der Ukraine berichtet. Mit hochpräzisen Raketenangriffen seien vier ukrainische Munitionslager auf dem Territorium der Volksrepublik Lugansk und ein ukrainischer Flugabwehrraketensystemkomplex vom Typ Buk-M1 in der Nähe der Ortschaft Sewersk auf dem Territorium der Volksrepublik Donezk zerstört worden. Bei weiteren Angriffen habe die ukrainische Armee Verluste an Personal und Technik in der Nähe der Ortschaften Belaja Gora, Nowodruschesk, Mirnaja Dolina, Podlesnoje und Woltschejarowka erlitten.

Ferner teilte Konaschenkow mit, dass die russische Luftwaffe 57 Stützpunkte mit Personal und Technik der ukrainischen Streitkräfte angegriffen habe. Dabei sind auch eine Kommandozentrale und eine ukrainische S-300-Radaranlage in der Nähe der Donezker

Ortschaft Sewersk zerstört worden. Insgesamt seien bei den russischen Luft-, Raketen- und Artillerie-Angriffen 570 ukrainische Kämpfer getötet worden. Außerdem seien 13 ukrainische Panzer und andere Panzerfahrzeuge außer Gefecht gesetzt worden.

Dem Militärsprecher zufolge habe die russische Flugabwehr im Gebiet Charkow eine Suchoi Su-25, ein Erdkampfflugzeug, abgeschossen. Darüber hinaus sind dort 19 ukrainische Drohnen in der Luft zerstört worden. Zusätzlich habe die russische Armee in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie im Gebiet Charkow fünf ukrainische Raketen vom Typ Totschka-U und 30 reaktive Geschosse vom Typ Uragan abgefangen.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums habe die Ukraine seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar 209 Flugzeuge, 132 Hubschrauber, 1.292 Drohnen, 348 Flugabwehrraketenkomplexe, 3.709 Panzer und andere Panzerfahrzeuge, 580 Mehrfachraketenwerfer sowie 2.065 Geschütze und Mörser verloren.

Konaschenkow fügte abschließend hinzu, dass der Gegner weiterhin signifikante Verluste erleidet. In der 57. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, die in Sewerodonezk im Einsatz ist, seien in einem Bataillon nur noch 28 Kämpfer übrig geblieben, in einem anderen halte nur noch das Führungspersonal die Stellung. Bataillone der territorialen Verteidigung aus dem Westen der Ukraine weigerten sich, an die vorderste Linie zu rücken. Rund 600 Angehörige der 101. Brigade der ukrainischen Streitkräfte erklärten, dass sie an keinen Kampfhandlungen mehr teilnehmen würden und begaben sich eigenmächtig ins Hinterland. Gleichzeitig fände in den ukrainischen Gebieten Dnepropetrowsk, Charkow und Saporoschje eine zwangsweise Mobilmachung statt: Die ukrainische Polizei blockierte dort frontnahe Gegenden und nahm Männer im Mobilisierungsalter fest.

#### 15:45 de.rt.com: **Vor Biden-Reise nach Saudi-Arabien: Saudischer Kronprinz beginnt seine Nahost-Tour**

Saudi-Arabiens Kronprinz traf am Montag auf der ersten Etappe seiner Nahost-Tour in Kairo ein. Bin Salman will Gespräche in Kairo und später in Amman sowie Ankara führen, um Positionen der Staaten zu Schlüsselfragen vor Bidens Reise in den Nahen Osten zu koordinieren.

Saudi-Arabiens Kronprinz Mohammed bin Salman traf am Montag auf der ersten Etappe einer Nahost-Tour in Kairo ein, die der Reise von US-Präsident Joe Biden in die Region im nächsten Monat vorausgeht. Der ägyptische Präsident Abd al-Fattah as-Sisi empfing bin Salman am Flughafen – eine freundliche Geste gegenüber dem saudischen De-facto-Herrscher, der ein beständiger Geldgeber der ägyptischen Regierung ist.

Beide Regierungschefs sollen am Dienstag im Präsidentenpalast des Landes in Kairo Verhandlungen führen. Der saudische Kronprinz wird dann zu Gesprächen mit König Abdullah II. nach Jordanien aufbrechen, der ebenfalls ein enger Verbündeter Saudi-Arabiens ist. Bin Salman soll dann in die Türkei reisen, um sich mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan zu treffen, der Saudi-Arabien im April zum ersten Mal seit fünf Jahren besuchte, als die beiden Länder die Wiederbelebung ihrer Beziehungen eingeleitet haben. Man erwarte bin Salman am Mittwoch in der türkischen Hauptstadt und hoffe auf weitere Verbesserungen der Beziehungen, sagte Erdoğan am Wochenende. Die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und der Türkei haben sich nach der brutalen Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi im Jahr 2018 im Istanbuler Konsulat des Königreichs verschlechtert.

Die Gespräche des Kronprinzen in Kairo und Amman zielen darauf ab, Positionen zu Schlüsselfragen der Staaten zu koordinieren, sagten saudische Beamte letzte Woche gegenüber der Nachrichtenagentur AP.

US-Präsident Joe Biden reist Berichten zufolge im Juli nach Israel, in die Palästinensergebiete und nach Saudi-Arabien. Es handele sich um einen "historischen Besuch", sagte ein hoher Regierungsmitarbeiter des Weißen Hauses. In dem Königreich stehe auch die Teilnahme an

einem Treffen des Golf-Kooperationsrats auf dem Programm, an dem außerdem Vertreter aus Ägypten, dem Irak und Jordanien teilnehmen sollen (GCC+3). Über die Reise nach Saudi-Arabien hatte es auch vor dem Hintergrund steigender Energiepreise immer wieder Spekulationen gegeben. Biden und das Weiße Haus hatten sich in letzter Zeit wiederholt geweigert, die Reise zu bestätigen.

Israel verstärkte inzwischen seine Beziehungen in der Golfregion und arbeite an einer regionalen "Verteidigungsallianz" gegen Iran, wie Israels Verteidigungsminister Benny Gantz am Montag mitteilte. Das Bündnis soll demnach mit Unterstützung der USA entstehen. Von den USA gab es zunächst keine Bestätigung der israelischen Angaben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b196ab48fbef1ff56a072f.jpg>

Ein von der ägyptischen Präsidentschaft am 20. Juni 2022 veröffentlichtes Handout-Bild zeigt den ägyptischen Präsidenten Abd al-Fattah as-Sisi, der den saudi-arabischen Kronprinzen Mohammed bin Salman in Kairo empfängt.

#### 15:50 de.rt.com: **Russischer Botschafter in Berlin: Russophobie-Fälle in Deutschland rückläufig**

Die Zahl der russlandfeindlichen Vorfälle in Deutschland nimmt allmählich ab, sagte der russische Botschafter in Berlin, Sergei Netschajew. Laut dem Diplomaten, der sich auf Daten der örtlichen Polizei berief, erreichte die Zahl der Anzeigen wegen Russophobie bei den Strafverfolgungsbehörden in den ersten Wochen nach dem Beginn der russischen Sonderoperation in der Ukraine noch 200 pro Woche. Die Meldungen über die Anfeindungen seien auch bei der Botschaft eingegangen, so Netschajew im Gespräch mit dem TV-Sender Rossiya 24. Er kommentierte ferner:

"Zurzeit verzeichnen wir deutlich weniger solcher Anträge. Ich führe dies nicht nur auf die Wirksamkeit unserer Bemühungen, sondern auch auf die Tatsache zurück, dass deutsche Politiker die Gefahr dieser Angelegenheit erkannt haben, denn Diskriminierung aufgrund der Nationalität weckt jegliche unangenehmen historischen Reminiszenzen."

Vernünftige deutsche Politiker hätten inzwischen damit begonnen, entsprechende Erklärungen abzugeben, dass solche Taten inakzeptabel sind, erklärte Netschajew. Er fügte hinzu:

"Und nun sind solche Vorfälle im Abklingen. Aber wir haben es weiterhin unter Beobachtung."

Nach Angaben des russischen Außenministeriums in der ersten Juniwoche sind bei der russischen Botschaft in Berlin seit Anfang März mehr als 800 Beschwerden über Verletzungen der Rechte russischsprachiger Bürger in Deutschland eingegangen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b1a218b480cc5643651132.jpg>  
g

*Ein auf einem Auto befestigtes Plakat während eines Autokorsos unter dem Motto "Gegen die Diskriminierung von Russischsprachigen" in Stuttgart, 9. April 2022*

### 16:10 de.rt.com: **Ukrainischer Minister: Zwischen 20 und 30 Prozent der Infrastruktur im Land zerstört**

Der ukrainische Infrastrukturminister Alexander Kubrakow hat im Interview mit der französischen Zeitung Le Monde die Infrastrukturschäden durch den Krieg in seinem Land hochgerechnet. Ihm zufolge seien inzwischen von 20 bis 30 Prozent der ukrainischen Infrastruktur zerstört. Dazu zählte er Straßen, Brücken, See- und Flughäfen sowie Eisenbahnen.

"Stand 25. Mai belief sich die Gesamtsumme des direkten Schadens, der der ukrainischen Wirtschaft durch die Zerstörung von Wohn- und Nichtwohngebäuden zugefügt wurde, auf 105,5 Milliarden US-Dollar."

Umgerechnet wären dies etwa 100,4 Milliarden Euro. Kubrakow zufolge seien die Städte Mariupol, Charkow, Tschernigow, Sewerodonetsk und Lissitschansk besonders schwer betroffen. Die Behörden hätten bereits 320.000 Menschen registriert, die ihr Zuhause als verloren gemeldet hätten. Es würden viele weitere folgen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b19309b480cc4e0a4c0924.jpg>  
g

*Ukrainische Polizisten begutachten ein teilweise zerstörtes Haus in Charkow, 16. Juni 2022*

16:30 de.rt.com: **Slowenien übergibt jugoslawische Schützenpanzer an die Ukraine**

Die slowenischen Behörden haben 35 Schützenpanzer vom Typ BVP M-80A mit einer 20-Millimeter-Kanone aus jugoslawischer Produktion per Eisenbahn in die Ukraine geschickt. Dies teilte der Verteidigungsminister des Landes Marjan Šarec gegenüber dem Nachrichtenportal 24ur.com mit.

Für die Lieferung, die laut Šarec als Geschenk erfolgt, soll Ljubljana von den USA mit einem Gutschein für den Kauf neuer militärischer Ausrüstung vergütet werden. Der genaue Wert des Vouchers wird nicht bekannt gegeben.

Nach Angaben von 24ur.com handelt es sich bei der Militärlieferung um rund 40 Jahre alte Infanteriepanzer, die die slowenischen Streitkräfte einst von Jugoslawien geerbt und bereits vor mehreren Jahren ausgemustert hatten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b1c9c548fbef1ff402a438.jpg>  
*Marjan Šarec zu seiner Amtszeit als Ministerpräsident Sloweniens bei einer Sondersitzung des Europäischen Rats in Brüssel*

**Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 21. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Mariupol und Mirnoje wurden Arbeiten zur Montage von Klimakontrollsystemen an Kommunikationsobjekten durchgeführt. In Wolodarskoje haben Kommunikationstechniker ein Faseroptikkabel repariert.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich 3299 Menschen.

Spezialisten der Donezker Eisenbahn haben an den Eisenbahnstationen Mariupol und Wolnowacha und an der Eisenbahnstrecke Kaltschik – Karan Arbeiten zum Wiederaufbau von Gleisen durchgeführt. An der Eisenbahnstrecke Wolnowacha – Chlebodarowka wurden die Oberleitung wiederhergestellt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 4 Hektar Territorium und mehr als 5000 Quadratmeter Gebäude untersucht und 1005 explosive Objekte entschärft.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben in den Bezirken Perschotrawnewoje und Wolnowacha 900 humanitäre Pakete ausgegeben.

Die Verwaltungen der Bezirk nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten

wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:10 de.rt.com: **Erste deutsche Panzerhaubitzen in der Ukraine angekommen**

Knapp vier Monate nach Kriegsbeginn sind die ersten schweren Artilleriegeschütze aus Deutschland in der Ukraine eingetroffen. Der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow bedankte sich am Dienstag auf [Twitter](#) bei Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht für die Lieferung der Panzerhaubitzen 2000. Der ukrainische Botschafter Andrei Melnik sagte der Deutschen Presse-Agentur, es seien alle sieben versprochenen Geschütze in der Ukraine eingetroffen.

Es sind die ersten schweren Waffen, die Deutschland in die Ukraine geliefert hat. Die Panzerhaubitze 2000 ist das modernste Artilleriegeschütz der Bundeswehr und kann Ziele in 40 Kilometern Entfernung treffen. Dies sei bereits der sechste Artillerietyp mit 155-Millimeter-Kaliber, den die Ukraine erhalte, schrieb Resnikow auf sozialen Netzwerken. Zuvor hatte die Ukraine bereits US-amerikanische, britische, polnische und französische Haubitzen erhalten. Zwar dankte der Verteidigungsminister den deutschen Partnern für die Hilfe, doch hoffe Kiew weiter auf eine stärkere Unterstützung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b1df03b480cc235b3a4297.jpg>

*Eine Panzerhaubitze 2000 der deutschen Bundeswehr bei einer Lehrübung der Panzerlehrbrigade 9 in Munster*

17:30 de.rt.com: **US-Generalstaatsanwalt besucht unangekündigt die Ukraine**

US-Generalstaatsanwalt Merrick Garland ist nach Angaben eines Sprechers im US-Justizministerium zu einem im Voraus nicht angekündigten Besuch in der Ukraine eingetroffen. Nach Angaben des US-Fernsehsenders ABC wollte sich Garland mit seiner ukrainischen Amtskollegin Irina Wenediktowa treffen. Im Gespräch sollen die laufenden Bemühungen erörtert werden, um die an Kriegsverbrechen in der Ukraine beteiligten Personen zu identifizieren, festzunehmen und strafrechtlich zu verfolgen.

Garland sagte vor Journalisten, dass die Botschaft der USA unmissverständlich sei: Es gebe keinen Ort, an dem sich die Verantwortlichen für die Gräueltaten verstecken könnten.

Dan-news.info: Der für die Neonatologie zuständige stellvertretende Direktor des Donezker Republikanischen Zentrums für Schutz von Mutter und Kind Dmitrij Bessonow wurde mit der Medaille „Für Kühnheit“ ausgezeichnet, teilte heute die Administration des Oberhauptes der

DVR Denis Puschilin mit.

„Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin überreichte heute dem für Neonatologie zuständigen stellvertretenden Direktor des Republikanischen Zentrums für Schutz von Mutter und Kind Dmitrij Bessonow die verdiente Auszeichnung „Für Kühnheit“, er war während des Beschusses der Entbindungsstation bei den nicht transportfähigen Neugeborenen geblieben“, teilte die Administration mit.

Dies geschah am Montag, dem 13. Juni. Während eines Artillerieangriffs war die Entbindungsstation unter Beschuss. Dach und Wände wurden beschädigt, teilweise die Fenster herausgeschlagen. Das medizinische Personal und die Patienten verbrachten mehrere Stunden im Schutzraum. Auf der Intensivstation bleiben drei Neugeborene, sie wurden nicht evakuiert, weil sie nicht von den Lebenserhaltungssystemen genommen werden konnten. Bessonow sowie die Krankenpflegerin Tatjana Bondarenko sowie die diensthabende Ärztin Natalja Matjuchina blieben, um ihren Zustand zu überwachen.

17:51 de.rt.com: **Bundesregierung will zweite Stufe des Notfallplans Gas ausrufen**

Die deutsche Bundesregierung will Medienberichten zufolge die zweite Stufe des Notfallplans Gas ausrufen. Sie reagiert damit auf die Reduzierung der Gasmenge durch die Pipeline Nord Stream 1. Für Gaskunden könnte es damit bald teurer werden.

Medienberichten zufolge will die Bundesregierung die zweite Stufe des Notfallplans Gas (Alarmstufe) ausrufen. Dies berichtet die Welt unter Berufung auf Kreise der Energiewirtschaft. Die Zeitung sei von dem Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), Patrick Graichen, darüber informiert worden. Zudem haben vier mit dem Schritt vertraute Personen gegenüber der Zeitung bestätigt, dass Versorger davon ausgehen sollten, dass der Schritt innerhalb der nächsten fünf bis zehn Tage erfolge. Das Wirtschaftsministerium wollte den Vorgang auf Nachfrage weder bestätigen noch dementieren. Auch der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft erklärte, dass man über Inhalte der Sitzungen nicht spreche.

Die Frühwarnstufe beziehungsweise erste Stufe wird ausgerufen, wenn es Hinweise gibt, dass sich die Gasversorgung in Zukunft verschlechtern könnte. Voraussetzung für das Ausrufen der zweiten Stufe des Notfallplans ist die "gravierende Reduzierung von Gasströmen" oder der "längere technische Ausfall wichtiger Infrastrukturen". Auch eine "hohe Gefahr langfristiger Unterversorgung" kann als Kriterium für die Stufe 2 gelten. Die Bundesregierung reagiert mit der Ausrufung der sogenannten Alarmstufe nun auf die Reduktion der Gasmenge durch die Pipeline Nord Stream 1 um 40 Prozent, die vonseiten des Gazprom-Konzerns aufgrund technischer Probleme vorgenommen wurde.

Auf die zweite Stufe folgt dann nur noch die Notfallstufe, wenn es physische Engpässe in Deutschland geben sollte. In diesem Fall würde der Markt außer Kraft gesetzt. Die Bundesnetzagentur übernehme dann die Rolle des Verteilers für einzelne Industriebranchen und Kundengruppen, und könnte die Gasversorgung auch abschalten. Privatverbraucher gelten jedoch als besonders geschützt, treffen würden diese Maßnahmen zunächst einmal die Industrie.

Bisher hatte das Ausrufen der verschiedenen Warnstufen nur Folgen für die Energiewirtschaft. Doch mit der neuen Novelle des Energiesicherungsgesetzes erhalten die Energiekonzerne "das Recht, ihre Gaspreise gegenüber ihren Kunden auf ein angemessenes Niveau anzupassen", sobald die Bundesnetzagentur die Preise veröffentlicht. Sollte bei Ausfällen teures Erdgas nachgekauft werden, könnten sie die Kosten dann auf ihre Kunden abwälzen. Unklar ist allerdings noch, welchen Umfang die Nachkäufe haben werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b1f275b480cc25135fc170.jpg>

*Ansicht von Rohrsystemen und Absperrvorrichtungen an der Gasübernahmestation der Ostseepipeline Nord Stream 1*

**abends:**

### **18:00 de.rt.com: Finnlands Präsident glaubt nicht an eine Lösung im NATO-Streit vor dem Gipfeltreffen**

Der finnische Präsident Sauli Niinistö zweifelt daran, dass der Streit mit der Türkei um eine NATO-Aufnahme Finnlands und Schwedens noch vor dem NATO-Gipfel in Madrid gelöst wird. Es könne schwierig werden, bis zu dem Gipfel in der kommenden Woche eine Einigung mit Ankara zu erzielen, sagte der Politiker am Dienstag auf einer Pressekonferenz mit der EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola in seiner Sommerresidenz Kultaranta. Auch wenn die Türkei nicht von ihrer Position abgerückt sei, ist es dennoch ein Fortschritt, dass die Länder miteinander verhandelten, sagte Niinistö nach Angaben der finnischen Agentur STT. Schweden und Finnland hatten Mitte Mai die Aufnahme in das Verteidigungsbündnis beantragt. Die Türkei blockiert derzeit als einziges NATO-Mitglied den Beginn des Aufnahmeprozesses der beiden Länder. Ankara begründet seine Haltung mit der angeblichen Unterstützung Finnlands und Schwedens von Terrororganisationen wie der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK. Die Einwände scheinen sich vor allem gegen Schweden und weniger gegen Finnland zu richten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b1cbf248fbef223f2ebb80.jpg>  
NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und Finnlands Präsident Sauli Niinistö in  
Kultaranta, 12. Juni 2022

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 21.06.22**

**Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner** nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 250 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starb ein Zivilist, 6 wurden verletzt**. 4 Wohnhäuser, ein ziviles Infrastrukturobjekt und ein Fahrzeug wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Am heutigen Tag wurden durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: ein Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, eine Haubitze M-777, 2 Lastwagen und mehr als 30 Mann. 2 Feuerstellungen des Feindes in den Gebieten von Awdejewka und Kudrjumowka wurden beseitigt.

**Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 4 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 9 verletzt wurden.**

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Wir wenden uns an alle Bürger, die sich auf dem zeitweilig von ukrainischen Nationalisten kontrollierten Territorium befinden. Falls sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, bemühen Sie sich verdeckt Videos oder Fotos der Sachverhalte zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach dem Absenden der genannten Informationen über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in Telegram werden die genannten Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung der ukrainischen Kriegsverbrechen mit der gesamten Strenge des Gesetzes verwendet werden.

18:20 de.rt.om: **Straße von Hormus: US-Schiff gibt Leuchtsignale zur Abschreckung von iranischen Schnellbooten ab**

Im Persischen Golf ist eine Konfrontation zwischen Iran und den USA knapp verhindert worden. Ein Kriegsschiff der US-Marine gab Leuchtsignale ab, um ein Schnellboot der iranischen Revolutionsgarden abzuschrecken, das in der strategisch wichtigen Straße von Hormus "frontal" auf das US-Schiff zukam.

Nach US-Angaben ist es am Montag in der strategisch wichtigen Straße von Hormus zu einer Konfrontation zwischen der US-amerikanischen Marine und Irans Revolutionsgarden gekommen. Ein Kriegsschiff der US-Marine gab Leuchtsignale ab, um ein Schnellboot der Revolutionsgarden abzuschrecken, das während einer angespannten Begegnung in der strategischen Straße von Hormus direkt auf das US-Schiff Kurs nahm. Dies erklärten amerikanische Beamte am Dienstag.

Eines von drei Schnellbooten der Iranischen Revolutionsgarde sei "frontal" auf das Patrouillenschiff "USS Sirocco" zugerast, bevor es dann seinen Kurs geändert habe, teilte die im Nahen Osten stationierte Fünfte Flotte der US-Marine am Dienstag mit. Die "Sirocco" habe zur Warnung Leuchtsignale abgefeuert.

Von dem Vorfall am Montag hat die US-Marine ein Kurzvideo [veröffentlicht](#). Sie warf der Revolutionsgarde vor, eine "unsichere und unprofessionelle" Begegnung provoziert zu haben. In dem Video sind die Leuchtschüsse zu hören, als das mit iranischer Flagge fahrende

Schnellboot die "Sirocco" passiert. Iran äußerte sich zu dem Vorfall zunächst nicht. Rund ein Fünftel der weltweiten Öl-Transporte verläuft durch diese strategisch wichtige Meerenge am Persischen Golf.

Der Zwischenfall am Montag ereignete sich zu einem Zeitpunkt, wo die Spannungen bei den festgefahrenen Atom-Verhandlungen mit Iran wenig Aussicht auf einen Erfolg der Gespräche versprechen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b1bf99b480cc55031c0be7.jpg>

#### 18:25 de.rt.com: **Kreml: US-Söldner können in der Volksrepublik Donezk zum Tode verurteilt werden**

Die im Donbass gefangen genommenen US-Amerikaner werden beschuldigt, Söldner zu sein und nicht unter die Genfer Konvention zu fallen. Dies hat der russische Präsidensprecher Dmitri Peskow am Dienstag vor Reportern gesagt. Er erklärte:

"Wir sprechen hier von Söldnern, die das Leben unserer Soldaten bedroht und verletzt haben. Und zwar nicht nur unserer Soldaten, sondern auch das der Soldaten der Donezker Volksrepublik (DVR) und der Lugansker Volksrepublik (LVR). Das ist es, was man ihnen vorwirft – Söldnertum."

Peskow betonte, dass sie nicht unter die Genfer Konvention fallen könnten und auch nicht fielen. Der Kremlsprecher sagte, dass die Taten der US-amerikanischen Gefangenen untersucht und sie vor Gericht gestellt werden sollten. Gleichzeitig schloss Peskow die Möglichkeit einer Gerichtsentscheidung über die Todesstrafe nicht aus:

"Wir können nichts ausschließen, weil es sich um eine Gerichtsentscheidung handelt. Wir kommentieren sie nie, und außerdem haben wir kein Recht, uns in Gerichtsentscheidungen einzumischen."

Zwei ehemalige US-Soldaten – der 39-jährige Alexander Drucke und der 27-jährige Andy Huhne – wurden in der Nähe von Charkow gefangen genommen, berichtete die britische Zeitung The Daily Telegraph letzte Woche. Am 16. Juni erklärte das US-Außenministerium, die Vereinigten Staaten seien bereit, mit Russland über die in der Nähe von Charkow festgenommenen US-Bürger zu verhandeln, die in die Ukraine gereist waren, um an den Kämpfen teilzunehmen. Das US-Außenministerium rief US-Bürger zudem erneut dazu auf, die Ukraine nicht zu besuchen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b1eea048bfef42c54973bc.jpg>

19:34 (18:34) novorosinform.org: **Kaliningrad wird Moskau Vorschläge zu Vergeltungsmaßnahmen gegen Litauen übermitteln**

Der Gouverneur der Region, Anton Alichanow, teilte mit, dass er mit „harten Gesprächen“ rechne, in deren Ergebnis Russland die Abschaffung der Transitbeschränkungen erreichen werde.

Bereits in dieser Woche werde die Region Kaliningrad den föderalen Behörden ihre Vorschläge zu Vergeltungsmaßnahmen gegen Litauen übermitteln, das den Transit bestimmter Waren aus Russland nach Kaliningrad einschränkt, sagte Gouverneur Anton Alichanow in der Sendung „60 Minuten“.

Seiner Meinung nach sind die Europäische Union und Litauen verpflichtet, zur Erfüllung internationaler Verpflichtungen zurückzukehren. Wenn dies nicht geschehe, müssten sie bestimmte Reaktionen erfahren.

„Vorschläge zu möglichen Reaktionsmaßnahmen [auf Litauen] werden von uns bereits formuliert, und wir werden sie dann an unsere föderalen Kollegen senden. Wir haben vereinbart, dies diese Woche zu tun“, sagte Alichanow.



[https://novorosinform.org/content/images/72/94/47294\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/72/94/47294_720x405.jpg)

19:30 de.rt.com: **Erstes ausländisches Schiff verlässt Hafen von Mariupol**

Das erste ausländische Schiff hat den Hafen von Mariupol über einen vom russischen Militär eingerichteten Korridor verlassen, teilte ein [Korrespondent](#) der Nachrichtenagentur RIA Nowosti mit. Das unter der Flagge Maltas fahrende Trockenfrachtschiff Azov Concord, das von Kriegsschiffen eskortiert wird, hat Kurs auf Noworossijsk genommen.

Während der Kämpfe um Mariupol wurde der Frachter zwar beschädigt, aber sein Besitzer konnte alle Systeme wiederherstellen und eine Besatzung anheuern. Bevor das Schiff aus dem Hafen auslief, bezahlte der Eigentümer die Hafendienstleistungen in voller Höhe.

Am 12. Juni haben die Minenräumer die Entminung des Gebiets und des Gewässers des Hafens von Mariupol vollständig abgeschlossen. Der Chef der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, kündigte damals an, dass die Strom- und Wasserversorgung der Anlage innerhalb von zwei bis drei Wochen vollständig wiederhergestellt sein werde. Ihm zufolge wird die DVR bis Ende des Jahres etwa eine Million Tonnen Güter über den Hafen verschiffen.



[https://cdn4.telegram-cdn.org/file/sxNuyp5Oqr61Y9cXnTUMI3ODbRLvFE2aXwI9wge4Ri1ML9eOZHO3eFYMcSargaTxPkdqnYrkxXsSO-VPPWuItD\\_WiZqjGcwcYFLF2NusSvfskS3aZHNwsoPc9z5A2D181Cl1y2auVFC5kQZRFUpnXKVeULol3mTkc7kttXSfOCuoc0XBQbfd0zY\\_XRm0UgZBJSV8brieQAL7CUgr6u19OSUikic\\_E1qJyFoKa5u2HONBWIEP\\_tAuCILJ9VFwtt\\_LgIJEUQVJZH-6amXZNYgxy16FOxDtezFwmpB\\_BHslMtkZev03h5-Jl9we2cQifpW1nvdNDpSIXXhWA\\_4SB\\_xw.jpg](https://cdn4.telegram-cdn.org/file/sxNuyp5Oqr61Y9cXnTUMI3ODbRLvFE2aXwI9wge4Ri1ML9eOZHO3eFYMcSargaTxPkdqnYrkxXsSO-VPPWuItD_WiZqjGcwcYFLF2NusSvfskS3aZHNwsoPc9z5A2D181Cl1y2auVFC5kQZRFUpnXKVeULol3mTkc7kttXSfOCuoc0XBQbfd0zY_XRm0UgZBJSV8brieQAL7CUgr6u19OSUikic_E1qJyFoKa5u2HONBWIEP_tAuCILJ9VFwtt_LgIJEUQVJZH-6amXZNYgxy16FOxDtezFwmpB_BHslMtkZev03h5-Jl9we2cQifpW1nvdNDpSIXXhWA_4SB_xw.jpg)

*Die Azov Concord verlässt den Hafen von Mariupol, 21.06-2022*

### 19:40 de.rt.com: **"Offen feindselige und aggressive Handlungen" – Moskau sendet starke Signale an Litauen**

Die Blockade der russischen Exklave Kaliningrad könnte die Rücknahme der Anerkennung der litauischen Grenzen nach sich ziehen. Auch eine militärische Lösung ist nicht mehr undenkbar. Der Konflikt entwickelt sich zu einem weiteren offenen Krisenherd in Osteuropa. In Moskau herrscht höchste diplomatische Alarmstufe wegen Transitbeschränkungen des Warenverkehrs ins Kaliningrader Gebiet durch Litauen. Das russische Außenministerium hat die Handlungen litauischer Regierung als "offen feindselig" qualifiziert.

"Solche Handlungen sind unzulässig, und sie müssen rückgängig gemacht werden", [sagte](#) die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa am Dienstag dem russischen Sender Radiowesti.

Da Litauen Russland über seine Entscheidung nicht benachrichtigt habe, gebe es jetzt auch keinen Raum für Gespräche oder einen Dialog. "Es gibt hier nichts zu diskutieren. Man muss einfach diese Schritte rückgängig machen", betonte die Diplomatin.

Die litauische Regierung müsse sich über die Folgen im Klaren sein, da es für sie um ganz anderes Level der Gefahren gehe. Ihre Handlungen seien aggressiv und provokativ. Der

Verweis auf die Befolgung der EU-Sanktionen ließ Sacharowa nicht gelten. "Nur der UN-Sicherheitsrat kann obligatorische Beschlüsse fassen."

Das Kaliningrader Gebiet zählt knapp eine Million Einwohner. Es liegt an der Ostsee und grenzt an Litauen sowie Polen. Von Russland aus ist das Gebiet also nur per Transit durch eines der beiden EU-Länder zu erreichen, wobei der Weg in beiden Fällen über Russlands Verbündeten Weißrussland führen würde.

Von der litauischen Blockade sind die Lieferungen von Kohle, Metallen, Baumaterialien und Spitzentechnologie vom russischen Festland nach Kaliningrad betroffen.

Der Gouverneur des Kaliningrader Gebiets Anton Alichanow teilte mit, dass Transitbeschränkungen bis zu 50 Prozent der zwischen dem Kaliningrader Gebiet und anderen Regionen Russlands beförderten Güter betreffen können, wobei es sich um Baustoffe, Zement, Metalle und eine ganze Reihe anderer wichtiger Bau- und Produktionsgüter handelt. Die Restriktion der Warenlieferungen verstößt aus russischer Sicht gegen ein Abkommen zwischen Russland und der EU von 2002. Litauens Außenminister Gabrielius Landsbergis wie auch der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell erklärten jedoch, die Maßnahmen stünden im Einklang mit den von der EU wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine verhängten Sanktionen.

"Der Transit auf dem Landweg zwischen Russland ist nicht gestoppt oder verboten worden", sagte Borrell auf einer Pressekonferenz in Luxemburg. Die EU werde die Leitlinien zu Sanktionen jedoch noch einmal überprüfen, versprach Borrell.

In Polit-Talkshows des russischen Staatsfernsehens erheben Teilnehmer immer wieder die Forderung nach der Schaffung eines "Korridors" zwischen Kernrussland und Kaliningrad. Auch juristische Schritte zur Rücknahme der Anerkennung der heutigen Grenzen Litauens werden in Russland diskutiert.

Der russische Journalist und Politikwissenschaftler aus Kaliningrad Alexander Nossowitsch weist darauf hin, dass modernes Litauen sich als Nachfolger der Ersten Litauischen Republik der Zwischenkriegszeit betrachtet. Es habe aber die Grenzen der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik geerbt.

"Die Grenzen der Litauischen SSR wurden von Moskau gezogen. Wenn Russland den Grenzvertrag mit der Republik Litauen als Reaktion auf die Blockade des Kaliningrader Gebiets aufkündigt, sind diese Grenzen in der Schwebel", [schreibt](#) er auf seinem Telegram-Kanal.

Zu den genannten Grenzen gehörten neben dem Hafen Klaipėda auch der Landstreifen zwischen dem Gebiet Kaliningrad und Weißrussland. "Im August 1940 beschloss die VII. außerordentliche Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR, die ein Gesetz über den Anschluss der Litauischen SSR an die UdSSR verabschiedete, auch, einen Teil des Territoriums der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik an Sowjetlitauen zu übertragen", so Nossowitsch.

Der Kenner der Region weist auf die Panik in den litauischen Medien und die sich abzeichnende politische Krise im Land hin. Moskau sei letztendlich egal, ob der Schuldige für die Krise in Vilnius, Brüssel oder Washington sitze, verantworten müsse das in den Augen Moskaus Litauen allein.

"Die Signale aus Moskau sind in der Tat gewaltig – und wie sollten sie auch sonst ausfallen, wenn Litauen die Verpflichtungen gegenüber Russland und der Europäischen Union verletzt hat, die es ihm ermöglicht hatten, seine Staatsgrenze zu garantieren und der NATO und der EU beizutreten?"

Mit diesem rücksichtslosen Verhalten habe Litauen Russland einen Grund zu militärischer Einmischung gegeben, betont der Experte in seiner Kolumne auf dem Nachrichtenportal Rubaltic, wobei Litauen sich in dieser Situation nicht als unschuldiges Opfer einer imperialen Aggression aufspielen könne. Die EU halte sich aus der Affäre heraus. "Die Antwort auf die ewige Frage, ob die NATO-Verbündeten für Litauen in den Krieg ziehen werden, wenn es

zum Krieg kommt, ist in diesem Fall für die Litauer selbst nicht offensichtlich."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b1ee1bb480cc23e161754f.jpg>

*Der litauische Präsident Gitanas Nausėda hat sich zur Transit-Krise noch nicht geäußert. Das Bild zeigt ihn auf einer Pressekonferenz in Kiew am 13. April.*

20:00 de.rt.com: **Putin: Erste Sarmat soll Ende des Jahres in den Kampfeinsatz gehen**

Der erste Komplex mit Sarmat-Interkontinentalraketen (NATO-Codename Satan-2) wird Ende 2022 in den Kampfeinsatz gehen. Dies hat der russische Präsident Wladimir Putin am Dienstag bei einem Treffen mit Absolventen militärischer Hochschuleinrichtungen gesagt. Er erklärte:

"Es wurde ein erfolgreicher Test der schweren ballistischen Interkontinentalrakete Sarmat durchgeführt. Der erste dieser Komplexe soll bis Ende dieses Jahres in den Kampfeinsatz gehen."

Nach Angaben des russischen Präsidenten erhalten die Truppen neben den neuen Waffen, die bereits auf dem Schlachtfeld getestet wurden, auch S-500-Flugzeug- und Raketenabwehrsysteme, die weltweit ihresgleichen suchen.

Sarmat wurde am Staatlichen Raketenzentrum Makejew entwickelt, ihr Hersteller ist das Werk Krasmasch (beide sind Teil der Raumfahrtbehörde Roskosmos). Experten zufolge ist diese Rakete in der Lage, einen sich abtrennenden Sprengkopf mit einem Gewicht von bis zu zehn Tonnen an jeden Ort der Welt zu befördern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b1f639b480cc23e1617558.jpg>

*Start der landgestützten ballistischen Interkontinentalrakete Sarmat*

20:30 de.rt.com: **London appelliert an Moskau wegen der in der DVR zur Hinrichtung verurteilten Briten**

Großbritannien hat Russland eine arrogante Note über die in der Volksrepublik Donezk zum

Tode verurteilten britischen Staatsbürger geschickt. Dies hat der russische Botschafter in London, Andrei Kelin, gesagt. Der Diplomat erklärte:

"Sie haben ein Schreiben mit äußerst arroganten und belehrenden Worten verfasst. Das bringt uns nicht dazu, uns mit diesen Fragen zu befassen."

Das Oberste Gericht der DVR hatte zwei britische Staatsangehörige, Sean Pinner und Aiden Aslin, sowie den marokkanischen Staatsbürger Sadoun Brahim zum Tode verurteilt. Die Untersuchung ergab, dass die Söldner gegen Bezahlung an der bewaffneten Aggression der Ukraine teilgenommen hatten.

Sie bekannten sich schuldig, "Handlungen zur gewaltsamen Machtübernahme" in der Republik begangen zu haben. Aslin bekannte sich auch des Artikels "Ausbildung zum Zwecke terroristischer Aktivitäten" schuldig. Die Verurteilten können innerhalb eines Monats Berufung gegen das Urteil einlegen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b202b448fbef41b03b5204.jpg>

*Sean Pinner, Sadoun Brahim und Aiden Aslin (von links nach rechts)*

### 20:32 de.rt.com: **Klingbeil: Nach 80 Jahren Zurückhaltung muss Deutschland wieder "Führungsmacht" werden**

SPD-Chef Lars Klingbeil findet, dass Deutschland in der Debatte um seine Rolle auf der Welt den Anspruch einer "Führungsmacht" verfolgen sollte. "Wir sollten diese Erwartung, die es an uns gibt, erfüllen", fordert der SPD-Politiker.

Deutschland soll nach Meinung des SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil "nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung" den Anspruch verfolgen, wieder eine internationale "Führungsmacht" zu werden. "Nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung hat Deutschland heute eine neue Rolle im internationalen Koordinatensystem", erklärte der SPD-Politiker am Dienstag auf einer Konferenz der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Grund für seine Forderung seien demnach die weltweit deutlich wachsenden Erwartungen an Deutschland.

Das Land habe sich in den letzten Jahrzehnten ein hohes Maß an Vertrauen erarbeitet, mit dem aber auch eine Erwartungshaltung einhergehe. "Deutschland steht immer mehr im Mittelpunkt, wir sollten diese Erwartung, die es an uns gibt, erfüllen", so Klingbeil.

"Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben", forderte er und ergänzte mit Blick auf das Dritte Reich, dass damit ausdrücklich kein "breitbeinig oder rabiates" Auftreten der Bundesrepublik gemeint sei.

Das Land habe sich in der internationalen Politik bisher allerdings eher als Mittelmacht und nicht als Führungsmacht verstanden. Erst die Zeitenwende-Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nach dem Beginn des Ukraine-Kriegs habe sowohl einen Wandel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik als auch eine massive Aufrüstung der Bundeswehr eingeleitet, sagte Klingbeil.

Scholz hatte in den vergangenen Wochen mehrfach darauf verwiesen, dass sich Deutschlands Streitkräfte durch die Finanzspritze die mit Abstand stärkste Armee Europas werde. Von einer Führungsmacht wie Klingbeil sprach der Bundeskanzler hingegen nicht.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b1b665b480cc4e0a4c0961.jpg>

#### 21:00 de.rt.com: **US-Außenministerium bestätigt Tod eines US-Bürgers in der Ukraine**

Das US-Außenministerium hat den Tod des US-Bürgers Stephen Zabielski in der Ukraine bestätigt und alle Amerikaner erneut aufgefordert, von Reisen in dieses Land abzusehen. Ein Sprecher des US-Außenministeriums sagte:

"Wir haben Kontakt zu seiner Familie aufgenommen und alle mögliche konsularische Unterstützung geleistet."

Er fügte hinzu, dass das US-Außenministerium aus Rücksicht auf die Familie keine weiteren Einzelheiten über den Vorfall bekannt geben werde.

Die Zeitung The Washington Post hatte zuvor berichtet, dass der 52-jährige Zabielski, der aus dem Bundesstaat New York stammte, am 15. Mai bei Kämpfen in der Nähe des Dorfes Doroschnjanka getötet wurde. Zu Hause hinterlässt der Mann eine Frau und fünf Adoptivkinder.

#### 21:30 de.rt.com: **Pilot bei Su-25-Absturz im Gebiet Rostow gestorben**

Ein Kampfflugzeug vom Typ Su-25 ist im Gebiet Rostow bei einem Routine-Trainingsflug abgestürzt, teilte der Pressedienst des russischen Militärbezirks Süd mit. In dem Bericht heißt es:

"Der Pilot ist gestorben. Der Flug wurde ohne Munition durchgeführt, das Flugzeug stürzte in einer verlassenen Gegend ab, am Boden gab es keine Schäden."

Nach vorläufigen Angaben war der Absturz der Su-25 auf eine technische Fehlfunktion zurückzuführen. Ein Komitee der Luft- und Raumfahrtstreitkräfte Russlands arbeitet derzeit an der Absturzstelle.

Nach Angaben der Zeitung Iswestija flog das Angriffsflugzeug in extrem niedriger Höhe. Das Flugzeug könnte dabei aufgrund eines Pilotenfehlers eine Stromleitung getroffen haben. Der Unfall ereignete sich im Bezirk Tschertkowski, nahe der ukrainischen Grenze. Nach unbestätigten Berichten fing das Kampfflugzeug in der Luft Feuer, der Pilot erlitt schwere Verbrennungen und starb.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b21b7fb480cc23e1617576.jpg>